

## **Kleine Anfrage**

**des Abg. Stefan Herre AfD**

### **Wohnungssituation im Zollernalbkreis**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt sie die Wohnraumsituation in den einzelnen Gemeinden des Zollernalbkreises und in welchen Preiskategorien ist dieser Wohnraum einzustufen?
2. Wie hoch sind die Mieten durchschnittlich pro Quadratmeter in den einzelnen Gemeinden des Zollernalbkreises im Vergleich zum restlichen Land?
3. Wie wird sie auf den Preisdruck in Tübingen und Reutlingen reagieren und die umliegenden Städte wie Albstadt und Balingen bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum fördern?
4. Werden Fördermaßnahmen durch das Landessanierungsprogramm und das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum künftig nur noch mit Schaffung von Wohnraum möglich sein?
5. Wird sie in Zukunft verstärkt den Mietwohnungsbau oder Eigenheime fördern?
6. Sieht sie derzeit einen vermehrten Wegzug aus Tübingen und Reutlingen in den Zollernalbkreis durch Berufspendler aus Kostengründen?
7. Wie stellt sie sich im Allgemeinen vor, das ausgelaufene Wohnbauförderungsprogramm „Eigenheimzulage“ aus 2005 wiederzubeleben, um dem landesweiten Druck der immer weiter steigenden Mieten zu begegnen?

23.11.2016

Herre AfD

#### **Begründung**

Es wird immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Laut einer Studie der Immobilien Scout GmbH ist das Wohnen in Freiburg deutschlandweit am teuersten. Die Wohnungssuche wird daher auch auf die umliegenden Kreise ausgeweitet. Dort entstand durch die erhöhte Nachfrage ein Markt, auf dem Menschen mit geringerem Einkommen oftmals keine Chance haben. Auch in Tübingen und Reutlingen und in der Landeshauptstadt Stuttgart gehen die Mietpreise durch die Decke. Im Zollernalbkreis werden auf der Bundesstraße (B) 27 durch Zuzug von ehemaligen Tübingern und Reutlingern in Richtung Hechingen, Balingen und Albstadt sowie in den Zollernalbkreis vermehrt steigende Pendlerbewegungen festgestellt.

Mit dieser Kleinen Anfrage soll die tatsächliche Wohnraumsituation im Zollernalbkreis sowie ein vermehrter Zuzug durch Berufspendler aus Kostengründen erfragt und näher beleuchtet werden.